

23. April 2009
08:11 MESZ

Auch Polizisten und Unis wollen keine Miete zahlen

Unis bezahlen 190 Millionen Euro Miete

Wien - Die Vereinbarung im Zuge des Lehrer-Pakets, wonach zwei Jahre lang nur die halbe Miete für Schulgebäude an die Bundesimmobilien-Gesellschaft (BIG) abgeliefert werden muss, hat auch in anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes Begehrlichkeiten in diese Richtung geweckt. Auch Polizei- und Uni-Gewerkschafter fordern jetzt, dass ihre Ressorts keine Miete für Liegenschaften an die BIG zahlen müssen, weil das Geld knapp ist.

Unis bezahlen 190 Millionen Euro Miete

Der oberste Polizeigewerkschafter, Hermann Greylinger, verlangt in der Donnerstag-Ausgabe des "Kurier", "dass nicht nur Schmied Mieten gestundet werden. Wir zahlen 75 Millionen Euro pro Jahr an die BIG. Mit dem Geld kann man viel machen. Wenn wir es nicht anders schaffen, die finanzielle Situation zu verbessern, werden wir von Ministerin (Maria, Anm.) Fekter verlangen, dass sie sich auch dafür einsetzt, dass Mieten gestundet werden." Das Innenministerium mietet von der BIG Polizeiinspektionen, aber auch große Amtsgebäude in der Wiener Innenstadt.

Noch mehr als das Innenressort müssen die Unis an die BIG zahlen - nämlich 190 Millionen Euro pro Jahr. Gert-Michael Steiner, Betriebsratschef des wissenschaftlichen Personals der Uni Wien, appelliert daher an die Rektoren: "Gehen wir zu Minister (Johannes, Anm.) Hahn und fordern wir ihn gemeinsam auf, eine Stundung unserer Mieten zu verlangen. Was die Lehrer erreicht haben, werden wir ja auch probieren dürfen." Für Rektorenchef Christoph Badelt ist so ein Deal nur dann sinnvoll, wenn die Kosten tatsächlich sinken. "Es bringt nichts, wenn wir die Mieten in drei Jahren mit Zinsen zurückzahlen müssen." (APA)

Diesen Artikel auf <http://derstandard.at> lesen.

© 2009 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.
Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.